

**Antrag**

XXIV. GP.-NR

1502 /A

31. März 2011

**der Abgeordneten Renate Csörgits, Wöginger  
und Kolleginnen und Kollegen****betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Arbeitsmarktpolitik-Finanzierungsgesetz und  
das Insolvenz-Entgeltsicherungsgesetz geändert werden**

Der Nationalrat wolle beschließen:

**Bundesgesetz, mit dem das Arbeitsmarktpolitik-Finanzierungsgesetz und das Insolvenz-  
Entgeltsicherungsgesetz geändert werden**

Der Nationalrat hat beschlossen:

**Artikel 1****Änderung des Arbeitsmarktpolitik-Finanzierungsgesetzes**

Das Arbeitsmarktpolitik-Finanzierungsgesetz, BGBl. Nr. 315/1994, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 111/2010, wird wie folgt geändert:

*1. Im § 1 Abs. 1 Z 2 und Abs. 2 Z 9 wird der Ausdruck „Wirtschaft und Arbeit“ sowie im § 3 Abs. 1 und im § 9 der Ausdruck „Arbeit und Soziales“ jeweils durch den Ausdruck „Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz“ und im § 9 überdies der Ausdruck „hinsichtlich § 6 Abs. 2 der Bundesminister für Umwelt, Jugend und Familie,“ durch den Ausdruck „und“ ersetzt.*

*2. § 1 Abs. 2 Z 2 lautet:*

„2. für finanzielle Leistungen gemäß dem 2. Teil, 3. Hauptstück AMSG,“

*3. § 2 Abs. 8 lautet:*

„(8) Für Personen, die der Pflichtversicherung unterliegen und das 58. Lebensjahr vor dem 1. Juni 2011 vollendet haben, ist der Arbeitslosenversicherungsbeitrag ab dem Beginn des auf die Erreichung dieses Lebensalters folgenden Kalendermonates aus Mitteln der Arbeitslosenversicherung zu tragen. Ab 1. Jänner 2016 ist für Personen, die der Pflichtversicherung unterliegen und das 58. Lebensjahr vollendet haben, der Arbeitslosenversicherungsbeitrag ab dem Beginn des auf die Erreichung dieses Lebensalters folgenden Kalendermonates aus Mitteln der Arbeitslosenversicherung zu tragen. Ab 1. Jänner 2018 ist für Personen, die der Pflichtversicherung unterliegen und das 57. Lebensjahr vollendet haben, der Arbeitslosenversicherungsbeitrag ab dem Beginn des auf die Erreichung dieses Lebensalters folgenden Kalendermonates aus Mitteln der Arbeitslosenversicherung zu tragen.“

*4. § 10 Abs. 39 lautet:*

„(39) § 2 Abs. 8 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 90/2009 tritt mit 1. September 2009 in Kraft und mit Ablauf des 30. Juni 2011 außer Kraft.“

*5. Dem § 10 wird folgender Abs. 42 angefügt:*

„(42) § 1 Abs. 1 Z 2 und Abs. 2 Z 2 und 9, § 2 Abs. 8, § 3 Abs. 1, § 9, § 14 samt Überschrift und § 15 samt Überschrift sowie Abs. 39 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. xxx/2011 treten mit 1. Juli 2011 in Kraft.“

*6. Nach § 13 werden folgende § 14 und 15 samt Überschriften eingefügt:*

**„Überweisung an den Insolvenz-Entgelt-Fonds**

**§ 14.** (1) Der Bundesminister für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz hat dem Insolvenz-Entgelt-Fonds als vorübergehenden Beitrag zur Erfüllung seiner Verpflichtungen in den Jahren 2011 bis

2015 Mittel aus der Gebarung Arbeitsmarktpolitik im Ausmaß von jeweils 41 vH der auf Grund der Neuregelung des § 2 Abs. 8 erzielten zusätzlichen Mehreinnahmen zur Verfügung zu stellen.

(2) Die betreffenden Mittel sind jeweils im Dezember zu akontieren und im darauf folgenden September auf der Grundlage einer gesonderten Berechnung des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger abzurechnen. Die Differenz zwischen der Akontierung und den tatsächlichen bei der Abrechnung festgestellten Einnahmen ist mit der jeweils nächstfolgenden Akontierung gegen zu rechnen. Forderungen oder Verbindlichkeiten des Bundes gegenüber dem Insolvenz-Entgelt-Fonds, die sich aus der Abrechnung für 2015 ergeben, sind unverzüglich zu berichtigen.

#### **Zuführung an die Arbeitsmarktrücklage**

**§ 15.** (1) Der Bundesminister für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz hat zur Sicherstellung der Finanzierung besonderer arbeitsmarktpolitischer Projekte insbesondere für Jugendliche, Frauen und Ältere in den Jahren 2011 bis 2015 Mittel im Ausmaß von jeweils 41 vH der auf Grund der Neuregelung des § 2 Abs. 8 erzielten zusätzlichen Mehreinnahmen der Arbeitsmarktrücklage gemäß § 50 AMSG zur Verfügung zu stellen.

(2) Die betreffenden Mittel sind jeweils im Dezember zu akontieren und im darauf folgenden September auf der Grundlage einer gesonderten Berechnung des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger abzurechnen. Die Differenz zwischen der Akontierung und den tatsächlichen bei der Abrechnung festgestellten Einnahmen ist mit der jeweils nächstfolgenden Akontierung gegen zu rechnen. Über- oder Unterdotierungen der Arbeitsmarktrücklage, die sich aus der Abrechnung für das Jahr 2015 ergeben, sind unverzüglich zu berichtigen.“

### **Artikel 2**

#### **Änderung des Insolvenz-Entgeltsicherungsgesetzes**

Das Insolvenz-Entgeltsicherungsgesetz, BGBl. Nr. 324/1977, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. xxx/2011, wird wie folgt geändert:

*1. Im § 5 Abs. 2, § 13 Abs. 1, § 14 Abs. 4 und § 14a Abs. 1 wird der Ausdruck „Wirtschaft und Arbeit“ sowie im § 18 Abs. 3 Z 1, 2 und 6 der Ausdruck „Arbeit und Soziales“ jeweils durch den Ausdruck „Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz“ ersetzt.*

*2. § 12 lautet:*

„**§ 12.** (1) Die Ausgaben des Insolvenz-Entgelt-Fonds werden bestritten aus:

1. Mitteln, die dem Insolvenz-Entgelt-Fonds auf Grund übergegangener Ansprüche (§ 11) zufließen,
2. Eingänge der gemäß § 16 Abs. 1 verhängten Geldstrafen,
3. Zinsen aus dem Geldverkehr,
4. einem vom Arbeitgeber zu tragenden Zuschlag zu dem vom Dienstgeber zu leistenden Anteil des Arbeitslosenversicherungsbeitrages gemäß § 2 des Arbeitsmarktpolitik-Finanzierungsgesetzes (AMPFG), BGBl. Nr. 315/1994,
5. Mitteln aus der Gebarung Arbeitsmarktpolitik nach Maßgabe des § 14 AMPFG und
6. sonstigen dem Insolvenz-Entgelt-Fonds zufließenden Mitteln.

(2) Die Arbeitgeber von Personen im Sinne des § 1 Abs. 6 haben für diese Personen keinen Zuschlag gemäß Abs. 1 Z 4 zu entrichten. Für Lehrlinge ist für die gesamte Lehrzeit kein Zuschlag zu entrichten. Für Personen, die das 60. Lebensjahr vollendet haben, ist ab Beginn des folgenden Kalendermonates kein Zuschlag zu entrichten.

(3) Der Zuschlag gemäß Abs. 1 Z 4 ist, soweit gesetzlich nicht anderes verfügt ist, vom Bundesminister für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz durch Verordnung so festzusetzen, dass eine ausgeglichene Gebarung des Insolvenz-Entgelt-Fonds gewährleistet ist. Der Bundesminister für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz hat den Zuschlag

1. zu erhöhen, wenn der voraussichtliche Leistungsaufwand des laufenden Jahres oder des Folgejahres unter Berücksichtigung allfälliger Reserven und der Kreditmöglichkeiten gemäß § 13 Abs. 3 nicht gedeckt ist,
2. zu senken, wenn sich unter Berücksichtigung des Ergebnisses der Bilanz des Vorjahres sowie des voraussichtlichen Gebarungsabschlusses des laufenden Jahres und des Folgejahres laut Voranschlag ein Überschuss ergibt, der 20 vH des durchschnittlichen Leistungsaufwandes dieser Jahre übersteigt.

(4) Die Erhöhung des Zuschlages gemäß Abs. 3 Z 1 ist so zu bemessen, dass nach Abdeckung allfälliger Kredite (§ 13 Abs. 3) die voraussichtliche Gebarung des laufenden Jahres und des Folgejahres laut Voranschlag ausgeglichen ist. Allfällige Kredite sind dabei jeweils nur insoweit anteilig zu berücksichtigen, als sie in den betreffenden Jahren abzudecken sind.

(5) Für die Einhebung und Abfuhr des Zuschlages gemäß Abs. 1 Z 4 findet § 5 AMPFG Anwendung. Der Zuschlag ist auf ein Konto des Insolvenz-Entgelt-Fonds (§ 13 Abs. 6) abzuführen.

(6) Der Bundesminister für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz hat jährlich im zweiten Halbjahr zu prüfen, ob die Voraussetzungen für eine Veränderung der Höhe des Zuschlages gemäß Abs. 1 Z 4 vorliegen.

(7) Die Mittel des Insolvenz-Entgelt-Fonds sind für die gesetzlich übertragenen Aufgaben zweckgebunden.“

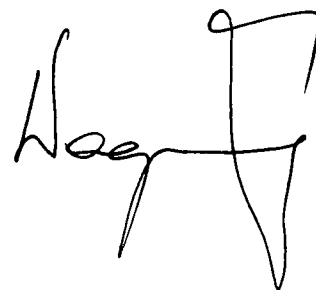
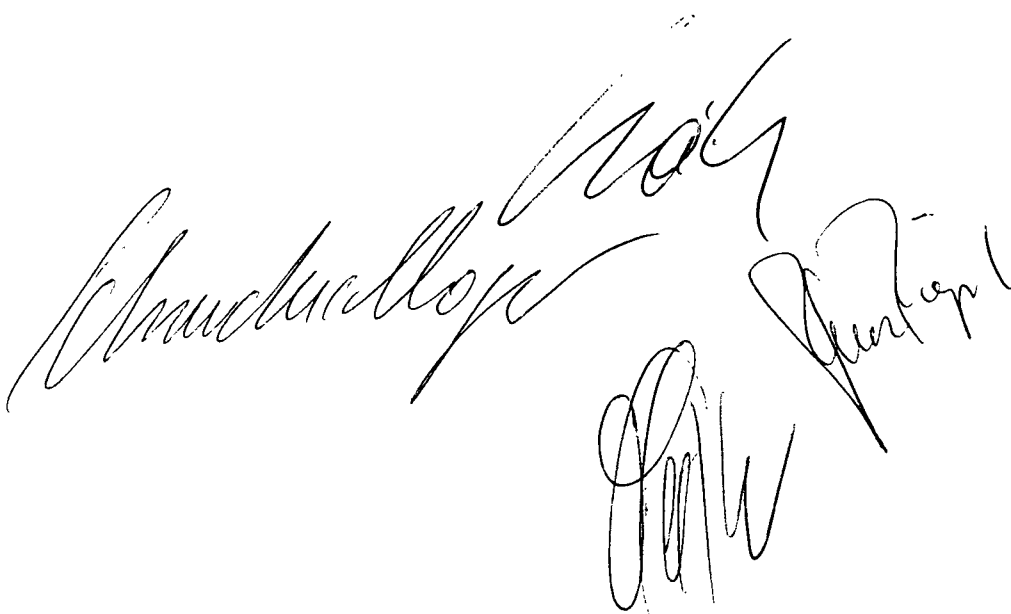
3. Dem § 19 wird folgender Abs. 5 angefügt:

„(5) Abweichend von § 12 Abs. 3 und 4 ist die Höhe des mit 0,55 vH festgesetzten Zuschlages in den Jahren 2011 und 2012 nicht zu verändern. Eine Überprüfung gemäß § 12 Abs. 6 hat dennoch stattzufinden; eine Veränderung der Höhe des Zuschlages ist frühestens mit Wirksamkeit ab 2013 festzulegen.“

4. Nach § 28 wird folgender § 29 samt Überschrift angefügt:

**„Inkrafttreten der Novelle BGBl. I Nr. xx/2011**

§ 29. § 5 Abs. 2, § 12, § 13 Abs. 1, § 14 Abs. 4, § 14a Abs. 1, § 18 Abs. 3 Z 1, 2 und 6 sowie § 19 Abs. 5 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. xx/2011 treten mit 1. Juli 2011 in Kraft.“



## Begründung

### Zu Art. 1 (Änderung des Arbeitsmarktpolitik-Finanzierungsgesetzes)

Die Belastung des Insolvenz-Entgeltfonds durch die gesetzlich vorgesehenen Ausgaben erfordert die Zufuhr zusätzlicher finanzieller Mittel. Die Erhöhung des von den Arbeitgebern zu tragenden Zuschlages zum Arbeitslosenversicherungsbeitrag würde zu einer generellen Erhöhung der Lohnnebenkosten führen, welche zumindest für heuer und nächstes Jahr auf Grund der noch nicht vollständig bewältigten Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise unbedingt vermieden werden soll. Eine Einschränkung der gesetzlich vorgesehenen Ausgaben wäre nur durch eine nicht erwünschte Reduktion der für die berufliche Lehrlingsausbildung zur Verfügung zu stellenden Mittel möglich.

Zur Lösung des Finanzierungsproblems des Insolvenz-Entgeltfonds ohne generelle Erhöhung der Lohnnebenkosten und ohne Leistungseinschränkungen soll die Befreiung von der Verpflichtung zur Leistung des Arbeitslosenversicherungsbeitrages nach Vollendung des 58. Lebensjahres bis Ende 2015 ausgesetzt werden. Für Personen, für welche die Befreiung von der Verpflichtung zur Leistung des Arbeitslosenversicherungsbeitrages bereits vor dem 1. Juli 2011 wirksam wurde, soll diese jedoch auch weiterhin gelten. Die ab dem Jahr 2014 vorgesehene Befreiung von der Verpflichtung zur Leistung des Arbeitslosenversicherungsbeitrages bereits nach Vollendung des 57. Lebensjahres soll erst ab 2018 gelten.

Es wird auf Grund der vorliegenden Prognosen über die Arbeitsmarkt- und Konjunktorentwicklung mit zusätzlichen Einnahmen in der Gebarung Arbeitsmarktpolitik auf Grund dieser Neuregelung in folgendem Ausmaß gerechnet:

1. im Jahr 2011.....	9,7 Mio. €,
2. im Jahr 2012.....	82,6 Mio. €,
3. im Jahr 2013.....	154,9 Mio. €,
4. im Jahr 2014.....	273,3 Mio. €,
5. im Jahr 2015.....	279,8 Mio. €.

Die zusätzlichen Einnahmen in der Gebarung Arbeitsmarktpolitik sollen in den Jahren 2011 bis 2015 jeweils zu 41 vH dem Insolvenz-Entgeltfonds und der Arbeitsmarktrücklage zu Gute kommen und im übrigen der Reduktion der Abgangsdeckung in der zweckgebundenen Gebarung Arbeitsmarktpolitik dienen.

Die Abrechnung erfolgt jeweils auf Grund von Daten des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger im September des Folgejahres, letztmalig im September 2016. Die Abrechnung wird vom BMASK geprüft. Die Mehreinnahmen sind vom BMASK im Einvernehmen mit dem BMF festzustellen.

Durch die Zufuhr von Bundesmitteln aus der Gebarung Arbeitsmarktpolitik an den Insolvenz-Entgeltfonds soll ermöglicht werden, dass die durch die Verordnung BGBl. II Nr. 431/2008 mit 0,55 Prozent festgesetzte Höhe des von den Arbeitgebern zur Finanzierung der Ausgaben nach dem Insolvenz-Entgeltsicherungsgesetz zu leistenden Zuschlages zum Arbeitslosenversicherungsbeitrag auch in den Jahren 2011 und 2012 unverändert bleiben kann.

Die übrigen Änderungen sind lediglich formaler Natur und dienen der Anpassung, Bereinigung und Vereinheitlichung von Bezeichnungen entsprechend der geltenden Fassung des Bundesministeriengesetzes.

### Zu Art. 2 (Änderung des Insolvenz-Entgeltsicherungsgesetzes)

Die Belastung des Insolvenz-Entgeltfonds durch die gesetzlich vorgesehenen Ausgaben erfordert die Zufuhr zusätzlicher finanzieller Mittel. Die Erhöhung des von den Arbeitgebern zu tragenden Zuschlages zum Arbeitslosenversicherungsbeitrag würde zu einer generellen Erhöhung der Lohnnebenkosten führen, welche zumindest für heuer und nächstes Jahr auf Grund der noch nicht vollständig bewältigten Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise unbedingt vermieden werden soll. Eine Einschränkung der gesetzlich vorgesehenen Ausgaben wäre nur durch eine nicht erwünschte Reduktion der für die berufliche Lehrlingsausbildung zur Verfügung zu stellenden Mittel möglich.

Durch die Zufuhr von Bundesmitteln aus der Gebarung Arbeitsmarktpolitik an den Insolvenz-Entgeltfonds soll ermöglicht werden, dass die durch die Verordnung BGBl. II Nr. 431/2008 mit 0,55 Prozent festgesetzte Höhe des von den Arbeitgebern zur Finanzierung der Ausgaben nach dem Insolvenz-Entgeltsicherungsgesetz zu leistenden Zuschlages zum Arbeitslosenversicherungsbeitrag auch in den Jahren 2011 und 2012 unverändert bleiben kann.

Die jährliche Prüfung der Entwicklung der Finanzlage und die Information der gesetzlichen Interessenvertretungen sollen dessen ungeachtet weiterhin erfolgen.

Die übrigen Änderungen sind lediglich formaler Natur und dienen der Anpassung, Bereinigung und Vereinheitlichung von Bezeichnungen entsprechend der geltenden Fassung des Bundesministeriengesetzes.

Zuweisungsvorschlag: Ausschuss für Arbeit und Soziales